

Rüdiger Klasen
Wittenburgerstr.10
19243 Püttelkow

11.07. 2014

**Der Polizeipräsident in Berlin -
Landeskriminalamt LKA 551
Eiswaldstr. 18
12249 Berlin**

1. Schreiben von Herr Kölz und unbekanntem Auftraggeber mit offenkundig politisch motivierten Vorhalt vom 07.07.2014

LKA 551-0964/2014

Dazu Verweis Vorgangsnummer 140509-1730-028437

Dienstaufsichtsbeschwerde und Fachaufsichtsbeschwerde gegen Herr Kölz wegen offenkundig politisch motivierter BEFANGENHEIT

2. Strafantrag und Strafanzeige wegen vorsätzlichen illegal- arglistig- heimtückische juristisch-staatsrechtliche Fortführung des 3. Reiches von Adolf Hitler = Nazismus und Faschismus durch den Gesetzgeber und in § Folge für jeden einfache Befehls(Weisungs-) Empfänger, illegal verbotene Anwendung nationalsozialistischer Gesetze und nationalsozialistischen Rechts – damit

Verstoß SHAEF- Gesetz 1 Absatz III - Verstoß gegen Artikel 139 GG, Artikel 16 GG darüber hinaus offenkundige STAATENLOSIGKEIT durch den geheimen Staatsstreich am 8. 12. 2010, Urkundenfälschung im STAG- Gesetz, § 270 StGB Täuschung im Rechtsverkehr,

Bruch der verfassungsmäßigen Grundordnung, Verstoß gegen das Militär Grundgesetz, Bruch/ Beseitigung der freiheitlich demokratische Grundordnung, Täuschung/ Betrug
Darüber hinaus Meineid der betr. Bundestagsabgeordneten/ Kandidaten durch Vortäuschung falscher Tatsache die *deutsche Staatsangehörigkeit* zu besitzen: gem. Wahlgesetz erklären die Kandidaten der BRD Parteien an Eides statt, dass sie die „Deutsche Staatsangehörigkeit“ besitzen.
Das ist Strafbar nach §§ 153, 154,155, 163 StGB,

Verstoß gegen EU- Charta, Verstoß gegen Das Europäische Übereinkommen über die Staatsangehörigkeit“ vom 6. XI. 1997, Verstoß gegen Artikel 54 CRCH - Verbot des Mißbrauch der Rechte, Untätigkeit, Unterlassung, organisierter Unverantwortlichkeit und grobe Verletzung der Dienstpflicht, Verletzung der Auskunftspflicht- keine bürgernahe Auskünfte – gesamt Grundrechteverletzung Artikel 1- 19 GG + Landesverfassung MV Artikel 5, Störung der freiheitlich demokratischen Grundordnung in Deutschland, Verstöße gegen das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und der rechtsgültigen Verfassung WRV 1919, sowie ein komplexer Angriff seitens angezeigter Personenkreise und genannte Einrichtungen auf die rechtstaatliche Ordnung der Bundesrepublik Deutschland und aller weiteren in Frage kommender Straftaten u. a. gegenüber meiner Person,

Strafantrag/ Strafanzeige gemäß § 258 StGB, § 258a StGB, § 240 StGB, § 241 StGB.

Sehr geehrter Herr Kölz, sehr geehrte Damen und Herren.

Abschnitt I

Wortwahl & Tenor des Schreibens *Anhörung d. Betroffenen wegen einer Ordnungswidrigkeit (§55OIWiG) beweisen vorab die Befangenheit von Herr Kölz. „...nach meinen Feststellungen sollen Sie....Sie verbreiteten am Fr., 09.05.2014 würden Sie sich ebenfalls ordnungswidrig verhalten...“ Der o.g. offenkundig politisch motivierte Vorhalt wird schon jetzt zurück gewiesen. Der Vorgang ist wegen Verdacht der Befangenheit an ihrer Dienstvorgesezte Stelle abzugeben.

Bezugnehmend auf Ihren o. g. Schreiben bitte ich um Mitteilung des vollständigen Namens und der Anschrift vom Anzeigenerstatter zwecks Einleitung strafrechtlicher Maßnahmen und zivilrechtlicher Ansprüche.

Zu 1 festgestellt wird:

Verweis: Auf Grund der im ZDF (ZDF.info) veröffentlichten internen Dienstschulung des BRD Inlandsgemeindienstes *Verfassungsschutz*
Titel: Der Staat bin Ich – Sendung
<http://www.candoberlin.de/neues/>
Filmtitel: „Der Staat bin Ich! Wenn Menschen ihrem Land kündigen“

Und Filmtitel „Der Staat bin Ich - Eine Bewegung gegen den deutschen Staat“

Quellverweise lau Anlage:

<http://www.candoberlin.de/neues/>

<http://www.zdf.de/zdfinfo/der-staat-bin-ich-eine-bewegung-gegen-den-deutschen-statt-33027054.html>

(Verweis Strafanzeige/ Strafantrag vom 18.05.2014 u.a. an die Staatsanwaltschaft Potsdam Aktenzeichen: 496 Js 21707/14, Staatsanwaltschaft Berlin Geschäftszeichen: 231 Js 1374/14 und weiteren Dienststellen auf Landes- und Bundesebene)

worin pauschalisiert alle Beschwerde führenden Bürger als Wahnkrank, Rechtsterroristen und Reichsbürger verunglimpft und verleumdet werden, sehe ich mich zu folgender Klarstellung bzgl. meiner Person veranlasst:

Persönliche Erklärung:

Ich bin weder ein Reichsbürger noch bin ich in irgendeiner Art und Weise (rechts-links)extremistisch gewaltbereit, militant - gefährlich. Das Gegenteil ist bei mir der Fall: Ich trete grundsätzlich mit friedlich- rechtstaatlichen Mitteln in für die Allgemeinheit aufopfernd ehrenamtlicher Arbeit für den Frieden ein.

Desweiteren vertrete ich keinerlei Ideologien, Religionen, Theorien und Rechtsauffassungen. Ich stelle auch nicht die Existenz der Bundesrepublik Deutschland in Frage, sondern kritisiere lediglich die bis heute offenkundigen, nicht geklärten und nicht abgestellten staatsrechtlichen Legitimationsmängel.

Das betrifft auch diesen angezeigten Vorgang.

Ich handel ausschließlich korrekt nur nach den uns vorgegebenen gesetzlichen Rechtsgrundlagen. Dazu beziehe ich mich ausschließlich nur auf die offenkundigen Tatsachen.

Ich vertrete und verteidige das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die vom Grundgesetz gegenwärtig überlagerte Weimarer Reichsverfassung von 1919. (WRV) Ich stehe zur, beziehe mich und verteidige die verfassungsmäßige Grundordnung, das Völker- und das Menschenrecht in Deutschland.

Diese höchsten Rechtsnormen sind in der Bundesrepublik Deutschland nun auch durch diesen angezeigten Vorgang gebrochen und verlangen umgehende Aufklärung und Abhilfe.

Alle BRD- Behörden – auch das Niedersächsische Justizministerium können durch die aufgeführte konspirativ geheimdienstliche Tätigkeit des BRD Verfassungsschutzes POTENZIELL infiltriert und befangen sein!

In diesen Zusammenhang ist mir gegenüber mittels einer zureichenden EIDESSTAATLICHEN VERSICHERUNG* Ihrer Behörde zu versichern und klarzustellen, dass Ihre angeschriebene Behörde **Der Polizeipräsident in Berlin - Landeskriminalamt LKA 551** KEINE derartigen Dienstschulungen bzw. Weisungen/ Ratschläge/ Vorgaben u. ä. Maßgaben des BRD- Inlandsgeheimdienstes *Verfassungsschutz* und involvierte Innenministerien erhalten hat.

Ich fordere von Ihrer Behörde die sofortige Aufklärung ob auch Ihre Behörde **Der Polizeipräsident in Berlin - Landeskriminalamt LKA 551** durch die Dienstschulungen des BRD- Inlandsgeheimdienstes Verfassungsschutzes betroffen und befangen ist!

Vorsorglich wird daher auf § 258a StGB Strafvereitelung im Amt und § 257 StGB Begünstigung hingewiesen und hiermit gleichzeitig auch straf angezeigt.

Ich fordere ausdrücklich vom **Der Polizeipräsident in Berlin - Landeskriminalamt LKA 551** die saubere, fach- und sachgerecht dezidierte Klärung zu allen von mir vorgetragenen einzelnen Beschwerdepunkten aus diesem Schriftsatz.

Allen Anträgen und Forderungen ist auch gemäß VOLL GÜLTIGEN SHEAF – SMAD durch das **Der Polizeipräsident in Berlin - Landeskriminalamt LKA 551** nachzukommen.

Abschnitt II

Hiermit stelle ich Strafantrag und Strafanzeige gegen die vorgenannten Personen und Parteien wegen o.g. Straftaten. Mit Verweis auf gesamten Tatbestand sind die Ermittlungen auf der Landes- und Bundesebene sofort aufzunehmen.

Zu 2 festgestellt wird:

Der Vorgang/ Tätigkeit erfolgt offenkundig in der Staatenlosigkeit. Verweis Verlust Legitimation und der juristischen Geschäftsfähigkeit der in das Verfahren involvierten Behörden durch strafbewehrt illegale, hinterlistige Weiterführung des 3. Reiches von Adolf Hitler.

§ 270 StGB Täuschung im Rechtsverkehr, illegal verbotene Anwendung nationalsozialistischer Gesetze und nationalsozialistischen Rechts! Es liegt offenkundig Verstoß SHAEF- Gesetz 1 Absatz III und Artikel 139 GG vor, was hiermit ausdrücklich straf angezeigt wird!

Dazu betreiben die aufgeführten Behörden und Staatsorgane ihre Aktionen dazu in der offenkundigen

Staatenlosigkeit der BRD und täuschend illegale Weiterführung der verbotenen NS-Gleichschaltungskolonie des 3. Reiches durch den Rechtsnachfolger des 3. Reiches von Adolf Hitler- die Bundesrepublik Deutschland. Damit strafbarer Verstoß gegen das Grundgesetz als höchste Rechtsnorm für die Bundesrepublik Deutschland, laut Artikel 139 GG gültiges SHAEF und SMAD. Darüber hinaus liegt ebenfalls Verstoß gegen das Europäische Übereinkommen über die Staatsangehörigkeit vom 6. XI. 1997 vor.

Wiederholte Komplexe Erläuterung zum besseren Verständnis:

Die Bundesrepublik Deutschland führt bis heute die Nazi-Kolonie des 3. Reiches von Adolf Hitler ungehindert weiter.

(R = STAG: unmittelbare Reichsangehörigkeit = Deutsche Staatsangehörigkeit = Kolonieangehörigkeit aus den ehem. Deutschen Schutzgebieten- Verweis Zeitzeugen- Staatsrechtler wie Dr. jur. Herbert Hauschild, Hermann Weck, Dr. Walter Schätzel, Dr. Bernhard Lösener, G. Zeidler)

Die NS- Gleichschaltungskolonie *Bundesrepublik Deutschland* überlagert bis heute den deutschen Heimatstaat *Deutschland*.

Die Verordnung vom 05.02.1934 über die deutsche Staatsangehörigkeit ist mit der militärischen Kapitulation des 3. Reiches nicht ersatzlos untergegangen.

Auch die NS- Glaubhaftmachung *DEUTSCH* von Adolf Hitler wurde 1945 im verbliebenden deutschen Staatsgebiet NICHT beseitigt und wird bis heute in Deutschland angewendet.

(sprachliche Einführung der deutschen Staatsangehörigkeit im Gesetz Wiederruf von Einbürgerungen und Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit RGBl 28. Juli 1933, Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit RGBl 05.2.1934, Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit Neues Staatsrecht 1934, Seite 54, Amtsblatt für Schleswig Holstein 29.06. 1946 Nr. 3 Jahrgang 1, Staatsgesetzblatt für die Republik Österreich vom 14.Juli 1945, Bundesgesetzblatt Teil III vom 01. August 1959, Ausweisdokumente der BRD mit der deutschen Staatsangehörigkeit und deren Glaubhaftmachung DEUTSCH von 1934)*

Der Artikel 116 GG verstößt gegen Artikel 139 GG.

Nach dem Waffenstillstand 1945 wurde ab 1949 die geistige Besetzung angewendet.

Nazi- Gesetze und die deutsche Zwangs- Staatsangehörigkeit vom 5.02.1934 sind durch geistige Okkupation im Verborgenen geblieben.

Durch heimtückische Falschinformationen und täuschende Anwendung von Nazi - Gesetzen hat sich dieser Zustand in den Köpfen der Menschen bis heute normalisiert.

Die deutschen Bundesbürger glauben durch die NS- Glaubhaftmachung "DEUTSCH" von 1934 an die deutsche Staatsangehörigkeit vom 05.02.1934.

Es liegt damit seitens, der privatisierten Bundesrepublik Deutschland und aller ihrer Verwaltungsorganisationen und allen involvierten Personenkreisen im Staatsapparat offenkundig Verstoß gegen SHAEF- Gesetz 1 Absatz III und Artikel 139 GG vor:

Alle NS- Gleichschaltungsgesetze und Gesetze wurden durch die Alliierten mit SHAEF Gesetz Nr. 1 Artikel III strafbewehrt verboten und aufgehoben.

****...Die Auslegung oder Anwendung deutschen Rechts nach nationalsozialistischen Lehren, gleichgültig wie und wann dieselben kundgemacht wurden, ist verboten....****

Der geheime Staatsstreich

Am 8.12.2010 sind mit einem geheimen Staatsstreich der Bundesrepublik Deutschland, die auch eine Urkundenfälschung (Datumfälschung zur Täuschung: 05.02.1934 auf dem 22.07.1913) im Staatsangehörigkeitsgesetz beinhaltet. Am 08.12.2010 wurde die unmittelbare Reichsangehörigkeit (= unmittelbare deutsche Staatsangehörigkeit) beseitigt. 1934 R=STAG / 1934 R = STAG 1913 (2010) *(Verweis Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG 1913) BGBl. I S. 1864 08.12.2010 Bundesgesetzblatt Teil III vom 01. August 1959)*

Durch diesen Vorgang wurde jeder Bundesbürger mit der deutschen Staatsangehörigkeit und der NS- Glaubhaftmachung *DEUTSCH* seit dem 08.12.2010 staatenlos und durch die unmittelbare Unionsbürgerschaft doppelt staatenlos!

(Verweis unmittelbare Unionsangehörigkeit = Welt - Bürgerschaft – Der Unionsbürger v. Christoph Schönberger)

Der Artikel 16 GG wurde am 08.12.2010 durch täuschen beseitigt.

Die BRD vollzog diesen geheimen Staatsstreich und hält die beseitigte deutsche Staatsangehörigkeit v. 1934 durch die NS- Glaubhaftmachung *DEUTSCH* v. 1934 künstlich am Leben.

Durch die Streichung der Reichangehörigkeit im deutschen Staatsangehörigkeitsgesetz (STAG) wurde das bundesdeutsche Personal STAATLOS gemacht.

Das ab 1934 von Adolf Hitler gleichgeschaltete *DEUTSCHE VOLK* wurde vollständig entrechtet und entmachtet. (Status Vogelfrei)

Die BRD vollzog diesen geheimen Staatsstreich und hält die beseitigte deutsche Staatsangehörigkeit von 1934 durch die NS- Glaubhaftmachung *DEUTSCH* von 1934 künstlich am Leben. Die Bundesrepublik Deutschland und alle Ihre Organe haben durch Staatlosigkeit ihre Legitimation verloren und sind juristisch GESCHÄFTSUNFÄHIG. Alle nationalen und internationalen Verträge, die mit der Bundesrepublik Deutschland geschlossen worden sind, sind dadurch gebrochen und nichtig.

Dieser Zustand wird auch aufgrund bereits wiederholter Beschlüsse zur Staatenlosigkeit von BRD- Gerichten untermauert. PRÄZEDENZBESCHLÜSSE:

Verweis auf die Ihrer Behörde vorliegenden aktuellen Staatenlos- Beschlüsse:

K1 Amtsgericht Goslar

K2 Amtsgericht Langen (Hessen)

K3 Amtsgericht Vechta

Zu 3 festgestellt wird:

Aufgrund der bereits wiederholt gerichtlich festgestellter rechtsoffenkundiger STAATLOSIGKEIT der Bundesrepublik Deutschland und nachfolgender Verfahrenseinstellungen wird hiermit die Legitimation des Gerichts und die Legitimation der Tat ausführenden Richter ernsthaft angezweifelt.

Dazu kommt der Umstand, dass die privatisierten Behörden **Der Polizeipräsident in Berlin - Landeskriminalamt LKA 551 nicht die Voraussetzungen nach dem BGB bzgl. eines staatlichen Amtes und eines staatlichen Amtes/ Behörde erfüllen.**

Firmenregister - Auszüge: UPIC.de

Privatisierte Behörde: U. a. fehlende Unterschriften auf vorgeblich amtliche Schreiben der Behörden und benannter Staatsorgane, fehlende Amtsbezeichnungen, Amtsausweise, amtliche Stempel und Siegel. Aus genannten Gründen wird hiermit Täuschung im Rechtsverkehr angezeigt. (Verweis Bereinigungsgesetze)

Es wird auch hier Beweislastumkehr gefordert. Bis heute wurde seitens der **aufgeführten zuständigen **Behörde** gleichlautende vorrangegangenen Beweislastumkehr- Forderungen in parallelen Vorgängen NICHT nachgekommen. Es liegt damit strafbewehrte Täuschung im Rechtsverkehr vor.**

Zu 4 Festgestellt wird:

In diesen Zusammenhang Hartnäckige Ignoranz der Staatsangehörigkeitsprüfung durch die Behörde c/o. Firma Landkreis Ludwigslust – Parchim:

Die bei der zuständigen BRD- Behörde c/o. Firma **Landkreis Ludwigslust- Parchim - Einbürgerungsbehörde** beantragte und mehrfach erinnerte Staatsangehörigkeitsprüfung nach dem Europäischen Übereinkommen über die Staatsangehörigkeit vom 6. XI. 1997 wurde ebenfalls bis heute hartnäckig ignoriert und die notwendige Einschaltung der mit zust. Staatsangehörigkeitsbehörde des Großkreises Ludwigslust- Parchim unterlassen.

Damit wurde diese gesetzliche EU- Norm durch die betr. zuständige Behörde verletzt.

Es liegt offener Gesetzesverstoß gegen die Europäischen Übereinkommen über die Staatsangehörigkeit vom 6. XI. 1997 vor.

Dieses Recht- und sittenwidriges Verhalten zieht ferner der Bruch dieses EU- Vertrages nach sich, was hiermit unter entsprechender Beschwerde bei Ihnen von mir angezeigt wird.

Die Staatsangehörigkeitsprüfung nach dem Europäischen Übereinkommen über die Staatsangehörigkeit vom 6. XI. 1997 wird hiermit auch über die zuständige **Behörde Der Polizeipräsident in Berlin - Landeskriminalamt LKA 551 ausdrücklich eingefordert um die untragbaren Unklarheiten und Mißstände in der BRD aufzuklären und die notwendige Abhilfe zu schaffen!**

Zu 5 Festgestellt wird:

Durch das bisherige Fehlverhalten der befangenen BRD- Behörden und Justizorgane begründet liegt außerdem zu heilende Grundrechtverletzung gegenüber meiner Person vor. Verweis Grundrechte- Artikel 1- 19 GG und Artikel 5 – Schutz der Menschenrechte- der Landesverfassung vom Mecklenburg- Vorpommern.

Wenn Behörden der Bundesrepublik Deutschland staatenlos sind. Illegal verbotenes NS- Recht angewendet wird und die Organe privatisierte Firmen sind, stellt das eine Verletzung geltenden Rechts dar. Dazu kommen Täuschung im Rechtsverkehr, illegal verbotene Anwendung nationalsozialistischer Gesetze und nationalsozialistischen Rechts, dazu Verstoß SHAEF Gesetz 1 Absatz III und Artikel 139 GG), Verstoß gegen EU- Charta, Verstoß gegen die Grundrechte.

Dazu Verstoß gegen Artikel 54 CRCH - Verbot des Mißbrauch der Rechte, Untätigkeit, Unterlassung, organisierter Unverantwortlichkeit und grobe Verletzung der Dienstpflcht, Verletzung der Auskunftspflicht- keine bürgernahe Auskünfte – gesamt Grundrechteverletzung Artikel 1- 19 GG + Landesverfassung MV Artikel 5 und aller weiteren in Frage kommender Straftaten gegenüber meiner Person,

Ich stelle nach allen gemachten Erfahren u. a. mit Ihrer Verwaltung **Der Polizeipräsident in Berlin den** offenkundigen Ausfall der rechtstaatlichen Stellen fest. Dazu kommen illegale – heimtückische Anwendung verbotenen nationalsozialistischen Rechtes – damit Verstoß gegen gültiges SHAEF – SMAD Artikel 139 GG, Staatenlosigkeit der Behördenmitarbeiter der Bundesrepublik Deutschland, totalitäre Behörden- und Justizwillkür, Machtmißbrauch, Korruptionsverdacht, lfd. Verstöße gegen das Grundgesetz als höchste Rechtsnorm für die BRD und die Verfassung, Bruch der verfassungsmäßigen Grundordnung, Beseitigung der freiheitliche demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland.

Gemäß Artikel 20 GG sind daher alle Bürger zum Widerstand gesetzlich verpflichtet.

Zu 6 Festgestellt wird:

Vorsorglich sei hingewiesen: Im o.g. Anzeigevorgang unter den o.g. AZ steckt offenkundig reine Justizwillkür und Machtmißbrauch seitens des **Der Polizeipräsident in Berlin - Landeskriminalamt LKA 551**. Ein wesentlicher Hinweis ist auch das typisch unfreundliche, schnippische, voreingenommene Fehlverhalten am Telefon von Herrn Kölz, was klar auf rechtsideologische, VS- indoktrinierte Schulung hinweist. Das ist zweifelsfrei zu klären. Aus diesen Gründen hat Herr Kölz LKA 551 das Verfahren an die Dienstvorgesetzte Behörde abzugeben.
Die zuständige Staatsanwaltschaft Berlin ist ebenfalls einzubinden.

Zu 6 Es wird festgestellt:

Es wird aus genannten Gründen sofortige komplexe Ermittlung, Klärung und Abhilfe mit Beweislastumkehr gefordert.

Auf Grund offenkundigen Verstoß gegen gültiges alliiertes SHAEF und SMAD, illegalen heimtückischen Privatisierung der BRD- Verwaltungsorgane, der in Staatlosigkeit der BRD vortäuschende Besitz der *Deutschen Staatsangehörigkeit* von 1934 - Adolf Hitler, der NS- Glaubhaftmachung *DEUTSCH* von 1934 - Adolf Hitler auf den BRD- Ausweisen und damit der offenkundigen Befangenheit der betr. Justizbehörde **Der Polizeipräsident in Berlin - Landeskriminalamt LKA 551** ist in das betr. Verfahren zwecks Klärung umgehend die zuständige alliierte HOHE HAND auf dem Dienstweg/ Amtsweg einzuschalten und zur Klärung die Einrichtung eines Besatzungsgerichtes / Militärgerichtes zu beantragen. (Verweis GG Artikel 139)

Das gilt insbesondere auch zur Klärung der in der Klage angezeigten Straftatbestände - weil diese Straftatbestände das voll gültige SHAEF- Gesetz und die SMAD- Befehle berühren und die Justiz von Mecklenburg- Vorpommern ebenfalls durch die einzelnen, angeigten Punkte in sich befangen und betroffen ist.

Weil durch mich strafangezeigt und nachgewiesen offenkundig eine erhebliche Störung der freiheitlich demokratischen Grundordnung, Verstöße gegen das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und der rechtsgültigen Verfassung WRV 1919, sowie ein komplexer Angriff seitens der Bundesrepublik Deutschland **und deren** Personenkreise auf die (EIGENE) rechtstaatliche Ordnung der vorliegt, ist das zuständige Bundesverfassungsgericht als oberste Hüterin des Grundgesetzes in das Verfahren durch ihre Justizbehörde umgehend anzurufen und in das Verfahren einzubinden.

Es besteht öffentliches Interesse im gesamten Vorgang. Es wird die umfassende Ermittlung und Aufklärung sowie die strafrechtliche Verfolgung der mutmaßlichen Tat/ Täter beantragt und gefordert.

Gemäß § 63 BBG tragen alle Beteiligten in der Bundesrepublik Deutschland für die Rechtmäßigkeit ihrer dienstlichen Handlungen die volle persönliche Verantwortung.

Bitte geben Sie bei Ihren künftigen Schreiben unbedingt den Vor- und Zunamen des Verfassers an, damit ich bei einem eventuellen Durchgriff gemäß § 823 BGB respektive 839 BGB nicht gehindert bin.

Vorsorglich wird daher auf § 258a StGB Strafvereitelung im Amt und § 257 StGB Begünstigung hingewiesen und hiermit gleichzeitig auch straf angezeigt.

Das Verfahren unter o.g. Geschäftszeichen GEGEN meine Person ist aus den aufgeführten Gründen sofort einzustellen.

Ich bitte um unterzeichnete Eingangsbestätigung mit Aktenzeichen.

Mit freundlichen Grüßen

Rüdiger Klasen

Anlagen:

K 1 UPIC Auszug der Firma **Der Polizeipräsident in Berlin**

K 2 Anhörungsbogen **Der Polizeipräsident in Berlin** LKA

Staatenlos- Beschlüsse/ Präzedenzfälle:

K3 Amtsgericht Goslar

K4 Amtsgericht Langen (Hessen)

K5 Amtsgericht Vechta

Verteiler:

Zur Kenntnisnahme und weiteren Veranlassung:

Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz
Salzburger Straße 21-25
10825 Berlin – Schöneberg

Zur Kenntnisnahme und weiteren Veranlassung:

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz
Mohrenstraße 37
10117 Berlin

Zur Kenntnisnahme und weiteren Veranlassung:

Der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof
Herr Harald Range
Brauereistraße 30
76135 Karlsruhe

Gemäß gültigen SHAEF/ SMAD - Artikel 139 Grundgesetz an die zuständige alliierte Hohe Hand:

Zur Kenntnisnahme und weiteren Veranlassung:

Botschaft der Russischen Föderation
Vladimir Grinin
Unter den Linden 63 – 65
10117 Berlin

Zur Kenntnisnahme und weiteren Veranlassung:

Generalstaatsanwalt der russischen Föderation
Haupt Militär Staatsanwalt
per. Holsunowa 14
119160 Moskau
Russische Föderation

Zur Kenntnisnahme und weiteren Veranlassung:

Außenministerium der Russischen Föderation
Ploschad Smolenskaja Sennaja 32/34
12002 Moskau
Russische Föderation